Königlich privilegirte Stettinische Zeitung.

Die Zeitung und Provinzial-Anzeiger erscheint täglich, Vormittags 11 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Alle resp. Postämter nehmen Bestellung darauf an.

Pränumerations-Preis pro Quartal 25 Silbergroschen, in allen Provinzen der Preußischen Monarchie 1 Thlr. 1½ sgr.

Expedition: Krautmarkt № 1053.

Im Verlage von Herm. Gottfr. Effenbart's Erben. Verantwortlicher Redakteur: A. H. G. Effenbart.

No. 55. Mittwoch, den 6. März 1850.

Berlin, vom 5. März.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht, zu genehmigen, daß der Lieutenant a. D. Alfred Ferdinand Emil von Bockelberg zu Starpel den Namen von Vollard-Bockelberg annehme und das Wappen seines Stiefvaters, des Rittmeisters a. D. von Vollard zu Starpel, mit dem seinigen vereinige.

Deutschland.

Berlin, 4. März. In diesen Tagen ist die Antwort der preußischen Regierung auf die österreichische Denkschrift „über die Anbahnung einer österreichisch-deutschen Zoll- und Handels-Einigung" erfolgt. Die Antwort soll sehr eingehend sein, und in richtiger Auffassung der ganzen Bedeutung dieser wichtigen Angelegenheit die volle Bereitwilligkeit an den Tag legen, sofort und jeder Zeit Verhandlungen darüber zu eröffnen. Namentlich will man, wie wir hören, unverzüglich auf Unterhandlungen über folgende in der Denkschrift aufgeführten Punkte eingehen:

a) den gegenseitigen zollfreien Austausch bei der Einfuhr und Ausfuhr vieler einheimischer Roh-Erzeugnisse und Nahrungsstoffe und inländischer Halbfabrikate,
b) die Durchfuhr durch die deutschen Staaten nach Oesterreich und umgekehrt,
c) eine wechselseitige umfassende Erleichterung der Grenzbewachung,
d) Regelung der Flußschifffahrt und Ermäßigung der Flußzölle,
e) Regelung der gemeinsamen Post-, Eisenbahn-, Telegraphen- und Dampfschifffahrts-Linien.

Freilich erscheint für dergleichen Verhandlungen weder die Bundes-Kommission in Frankfurt a. M. kompetent, noch die Berufung eines Zoll-Kongresses der geeignetste Weg; vielmehr stellt sich, indem man von dem rechtlich und thatsächlich bestehenden Zustande in Deutschland ausgeht, als der einfache und naturgemäße Modus nur der Weg einer Verhandlung dar zwischen Oesterreich, dem Zollvereine, dem Steuervereine und einer Vertretung der außer diesen Verbänden stehenden deutschen Staaten. Es darf gehofft werden, daß auch die österreichische Regierung sich zur Betretung dieses Weges entschließen werde, zu welchem Preußen aufrichtig im wahren Interesse der Sache räth.

Die preußische Antwort ist sofort den sämmtlichen Zollvereinsstaaten, so wie den zum Bündniß vom 26. Mai 1849 gehörenden Staaten, endlich der Bundes-Kommission mitgetheilt und es steht zu hoffen, daß auch die Veröffentlichung derselben ihrem ganzen Wortlaut nach nicht lange werde auf sich warten lassen, damit die öffentliche Meinung sich zu einem richtigen Urtheil über den eigentlichen Stand der Dinge heranbilden könne.

Aus zuverlässiger Quelle geht uns so eben noch die Nachricht zu, „daß bereits gestern Abend im Auftrage der preußischen Regierung der Geheime Regierungsrath Delbrück nach Wien abgegangen ist", um dort wegen der österreichischen Zolleinigungs-Vorschläge vorläufige vertrauliche Rücksprache zu halten, wie die ganze Angelegenheit am schnellsten, einfachsten und zweckentsprechendsten eingeleitet werden kann. Es sollen dies noch keineswegs förmliche Verhandlungen, vielmehr nur anbahnende Besprechungen sein, die aber gewiß zur Förderung der Sache wesentlich beitragen werden. Wir freuen uns, daß die preußische Regierung auf diese Weise ohne Zögern auch hier durch die That beweist, wie geneigt sie ist, zu Allem die Hand zu bieten, was die ersehnte größere Vereinigung aller deutschen Volksstämme irgendwie anzubahnen geeignet ist. (D. R.)

Berlin, 4. März. Die Allgemeine Zeitung enthält folgende wichtige Nachricht: Die in München erfolgte Unterzeichnung eines deutschen Verfassungswerkes zwischen Baiern, Württemberg und Sachsen, unter Oesterreichs Auspicien, bestätigt sich vollkommen. Nur fand die Unterzeichnung am 27sten, nicht am 26sten Februar statt. In welche Stellung der vierte Staat, dessen Beitritt man hatte erwarten dürfen, zu der Sache sich setzte, und welche Verfassungsbedingungen Oesterreich macht, ergiebt sich aus folgendem Schreiben, das aus unterrichteter Quelle kommt: „Hannover, 27. Februar. Die Nachrichten der Weserzeitung über unsere Ministerkrisis hier sind falsch. Ueberhaupt ist an den Gerüchten darüber nur das wahr, daß sich zwischen Oesterreich und Hannover wegen der deutschen Verfassungs-Vorschläge Meinungsverschiedenheit entschieden herausgestellt hat, während Oesterreich, Baiern, Sachsen und Württemberg unter einander abgeschlossen haben, oder doch sicher abschließen werden. Sie werden sich aber wundern, zu erfahren, daß Hannover, d. h. Stüve, seinen Beitritt zu den österreichisch-baierischen Vorschlägen vorläufig abgelehnt hat, weil diese zu wenig conservative Garantien böten, namentlich weil Oesterreich nichts von dem Staatenhause oder einer doppelten Vertretung der Staaten-Regierungen innerhalb der Executive und der Gesetzgebung wissen will.

Berlin, 4. März. Nachdem der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Freiherr von Schleinitz, am 28sten v. M. den Eid auf die Verfassung vom 31. Januar d. J. in Gegenwart des gesammten Königlichen Staats-Ministeriums geleistet hat, sind von demselben am heutigen Tage die Beamten des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten, so wie die hier anwesenden gesandtschaftlichen Beamten, auf die Verfassung vereidigt worden. Rücksichtlich der im Auslande befindlichen preußischen Gesandten und gesandtschaftlichen Beamten ist die erforderliche Einleitung zu dem fraglichen Zwecke schon früher getroffen, auch von einem großen Theile derselben der von ihnen eigenhändig ge- und unterschriebene, auch besiegelte Eid bereits eingereicht worden.

— Sicheren Nachrichten zufolge, hat der Finanzminister v. Rabe, der sein Portefeuille ebenfalls schon seit längerer Zeit niederzulegen wünschte, sich jetzt bereit erklärt, dasselbe beizubehalten.

— Im Kirchenwesen erwartet man in Kurzem Anordnungen des Kultusministers, um die der Kirche in §. 12 der Verfassungsurkunde zugesicherte Befreiung vom Staate ins Leben zu führen. Es haben noch vor Schluß der Kammern Konferenzen zu diesem Behufe statt gefunden, zu welchen die Anregung hauptsächlich von den Herren von Bethmann-Hollweg und Landfermann, so wie von dem Präses der Provinzialsynode von Rheinland und Westphalen, Herrn Schmidtborn, ausgegangen sein soll. (V. Z.)

— Die Vorstände der Berliner demokratischen Vereine haben sich einstimmig dafür ausgesprochen, daß die Partei sich an den Wahlen zur ersten Kammer nicht zu betheiligen habe. Dagegen hat man sich für die Betheiligung an den Wahlen zu den Gewerberäthen ausgesprochen. (V. Z.)

Berlin, 5. März. Wir sind im Stande, den Toast des Minister-Präsidenten Grafen von Brandenburg, welchen derselbe bei dem von den Wahlmännern Berlins im Kroll'schen Lokal am 2ten d. Mts. veranstalteten Feste ausgebracht hat, hier seinem Wortlaute nach vollständig mitzutheilen:

Meine Herren!

Gestatten Sie mir in meinem Namen und im Namen meiner verehrten Kollegen den herzlichsten, den innigsten Dank auszusprechen für den so eben vernommenen Trinkspruch. Genehmigen Sie meine Versicherung, daß wir, die von Ihnen für das Erfurter Volkshaus erwählten Abgeordneten, nicht vergessen werden, welches Pfand Sie in unsere Hand legten. Dieses Pfand, meine Herren, es umfängt einen Theil unserer Zukunft, Ihrer Zukunft, der Zukunft Berlins! Denn, Gott sei Dank! die Zeiten sind vorüber, in denen man fürchten konnte, daß Gras wachsen würde auf den Straßen von Berlin. Nein, meine Herren, es wird nicht Gras wachsen auf den Straßen von Berlin, und Berlin hat eine Zukunft. Und ich wage es, zu behaupten, wir beherrschen diese Zukunft, wir sind Herren dieser Zukunft, wenn wir mit Ruhe, Festigkeit und Entschlossenheit weiter fortschreiten auf der von uns betretenen Bahn, auf der Bahn, die Preußen geht mit seinem Könige und mit den Vertretern seines Volkes. Und somit, meine Herren, und in diesem Sinne:

Hoch Berlin und seine Zukunft! (St.-A.)

Berlin, 5. März. Wir haben vor wenigen Tagen auf die drohenden Gefahren hingewiesen, welche die „schweizer Angelegenheit" in ihrem Schooße trägt. Die gesammte französische Presse wendet jetzt diesem Gegenstande ihre Aufmerksamkeit zu. Wir heben die Bemerkungen eines wohlunterrichteten und der französischen Regierung nahe stehenden Blattes hervor, welches mit Bestimmtheit erklärt, daß Preußen, wenn es seine Ansprüche auf Neufchatel mit gewaffneter Hand geltend machen sollte, ganz vereinzelt stehen, daß ihm nicht nur die Theilnahme des liberalen Europa's entgehen würde, sondern auch die Bundesgenossenschaft Oesterreichs. Ja, es wird ziemlich deutlich zu verstehen gegeben, daß Oesterreich diese Gelegenheit benutze, um das westliche Europa gegen die deutsche Politik Preußens einzunehmen. Im Angesicht dieser Bemerkungen wiederholen wir die Erklärung: wir halten das Auftreten Preußens gegen die Schweiz in dem angedeuteten Sinne für eine Unmöglichkeit. Das preußische Ministerium kann die ihm von Oesterreich zugedachte Rolle nicht spielen. (C. Z.)

— In den letzten Tagen befanden sich hier zwei Breslauer Studenten, als Abgeordnete eines in Breslau gebildeten akademischen Dombau-Vereins. Derselbe verfolgt den Zweck, Beiträge zu einer Lotterie zu beschaffen, aus deren Erträgen ein Fenster für den Kölner Dom, ähnlich demjenigen, welches der frühere König von Baiern geschenkt hat, hergestellt werden soll. Der Verein sendet gegenwärtig durch ganz Deutschland Agenten, welche theils Beiträge zu sammeln, theils Loose abzusetzen haben.

Königsberg, 26. Februar. Die hiesige s. g. freie Gemeinde hat zum Erstaunen Vieler und zum eigenen Schrecken, wie der „Preußische Volksfreund“ berichtet, den Arm des Gesetzes in höchst empfindlicher Weise empfinden müssen. Eine durch Dr. Rupp geschlossene Ehe hat der Tod gelöst, nachdem mehrere Kinder daraus hervorgegangen. Die hinterlassene Mutter hat nun beim Reguliren des Nachlasses erfahren, daß sie keine gesetzliche giltige Ehe geführt habe, ihre Kinder nicht den Namen des Vaters führen dürfen, und nur auf den Antheil aus dem Vermögen desselben Anspruch haben, der unehelichen Kindern zukommt. Diese Entscheidung des hiesigen Stadtgerichts, so sehr sie in der Natur der Sache lag, hat nicht wenigen Mitgliedern der freien Gemeinde die Augen geöffnet. (D. R.)

Breslau, 2. März. Ein schon vor mehreren Jahren vielfach besprochener Plan zur Ueberbrückung des Ohlauflusses ist neuerdings wieder Gegenstand vielfacher Berathung der hiesigen Stadtbehörden. Es wird beabsichtigt, den Ohlaufluß, so weit er unsere Stadt durchfließt, durch eiserne Röhren im Durchmesser von 6 Fuß zu leiten, dieselben zu überwölben und so die Oberfläche des Flußbettes als freien, benutzungsfähigen Raum zu gewinnen. Der Baukostenaufwand ist auf 150,000 Thlr. veranschlagt. (N. O. Z.)

Köln, 2. März. Gestern Nachmittag hat in der Bank, oberhalb St. Goar, ein bedeutender Schiffbruch statt gefunden. Das Schiff „Kaiser Heinrich,“ geführt von Pet. Schneider von Bamberg, wurde ganz umgeworfen und der gesammte Inhalt des Schiffes ausgeschüttet. Die Ladung bestand aus 3321 Centr., meist Zucker, nach dem Obermain bestimmt. Der Verlust ist seit längerer Zeit der beträchtlichste, den die Rhein-Schifffahrt erlitten hat.

Kassel, 26. Februar. Dem Programm des neuen Ministeriums, welches Staatsminister Hassenpflug in der heutigen Sitzung vortrug, entnehmen wir Folgendes:

„Dem Wunsche, über den Standpunkt unterrichtet zu sein, auf welchen wir uns bei unserer öffentlichen Wirksamkeit zu stellen beabsichtigen, kommen wir bereitwillig durch die Erklärung entgegen, daß als Grundlage unserer Thätigkeit eine andere sich nicht darbieten kann, als die durch die Verfassungs-Urkunde und die bestehenden Gesetze gegebene. Mit Festigkeit auf die Beobachtung jener zu sehen und die Ausführung der letzteren zu bewirken, ist so wie unsere Pflicht, so unsere Absicht. Hat jene für unseren Staat, diesem Gliede des deutschen Bundes, eine monarchische Regierung, bei welcher eine landständische Verfassung besteht, als Grundgesetz aufgestellt, so werden wir jeder Bestrebung, welche an die Stelle dieser fundamentalen Regelung unseres öffentlichen Lebens Volks-Souverainetät zu setzen beabsichtigten möchte, nach allen Seiten hin mit allen Kräften entgegentreten. Wir werden es nicht zugeben, daß unserer staatlichen Existenz das in der Revolution liegende Prinzip der Verneinung alle Lebensfähigkeit zerstöre und daher niemals ermangeln, mit Offenheit und Nachdruck die verfassungsmäßigen Rechte des Landesherrn aufrecht zu erhalten, an deren Bestand und solcher Handhabung, die das Wohl des Volks zum Ziele nimmt, wir das Heil des Vaterlandes geknüpft finden. Die Wahrung der gegebenen Berechtigungen und Freiheiten des öffentlichen Lebens liegt in dem Kreise unserer Berufspflichten eben so sehr, als darüber zu wachen, daß ihnen nicht durch den Mangel der gesetzlichen Ordnung, dieser Bürgschaft der Möglichkeit des Bestandes, das sofort Alles verschlingende Grab gegraben werde. Wir werden nicht dazu die Hand bieten, daß durch Ausnahmsmaßregeln, wie sie von gerade auftauchenden Wünschen, im Widerspruch mit den Gesetzen, verlangt werden, ein zweischneidiges Schwert geschliffen werde, dessen einer jetzt benutzten Schärfe immer die andere zum Gebrauche im entgegengesetzten Sinne gegenüber liegt.“

„In vollkommener Anerkennung der Berechtigung des deutschen Volkes, durch das Band einer Deutschland umfassenden, lebenskräftigen Verfassung, die das große Vaterland auch nach Außen als eine geschlossene Gesammtmacht erscheinen läßt, ist der Kurstaat dem Dreikönigsbündniß beigetreten und wird in der Hoffnung, daß die in Erfurt sich bald eröffnenden umfassenden Berathungen jenem Ziele entgegenführen, an ihnen auf das eifrigste sich betheiligen.“ (V. Z.)

Kassel, 27. Februar. Mittags 3 Uhr. So eben setzt sich eine zahllose Menge in bürgerlicher Festkleidung unter dem Vortritte der städtischen Behörden und einer aus den beiden Bürgermeistern, dem Präsidenten Schwarzenberg und mehreren höheren Staatsbeamten bestehenden Deputation auf dem Königsplatze in Bewegung, um den Mitgliedern des entlassenen Ministeriums ihre Huldigung darzubringen.

Wiesbaden, 25. Februar. Die Deutsche Zeitung theilt als Gerücht mit, daß das nassauische Militair nach Preußen verlegt und dagegen preußische und braunschweigische Truppen nach Nassau rücken würden. (V. Z.)

Mainz, 2. März. Heute Vormittag um 9 Uhr ist Se. K. Hoh. der Prinz von Preußen hier eingetroffen.

Frankfurt a. M., 1. März. Wir theilen ein heute hier circulirendes Gerücht mit, so unwahrscheinlich es uns auch scheint, weil es von Männern kommt, die in der Regel gut unterrichtet sind. Man erzählt sich nämlich, der Erfurter Reichstag werde blos wenige Tage beisammen bleiben, um einem Fürsten-Congresse Platz zu machen, der die Angelegenheiten des gesammten Deutschlands ordnen und hier tagen soll. (??) Ob der Erfurter Reichstag gutwillig oder gezwungen das Feld räumen soll, darüber herrschen Versionen, und die Vertheidiger der letzteren Ansicht wollen sie mit der übermorgen bevorstehenden Reise des Herrn v. Radowitz nach Berlin in Verbindung bringen. (H. C.)

Oldenburg, 1. März. Es hatte sich das Gerücht verbreitet, daß in Folge des Waffenstillstands-Ablaufs mit Dänemark, unsere beurlaubten Soldaten in den nächsten Tagen wieder einberufen würden. Das Wahre an der Sache ist, daß von Seiten der Bundes-Commission in Frankfurt bei unserer Regierung angefragt ist, in welcher Zeit das ganze Truppen-Korps mobil gemacht werden könne. (H. C.)

Bremen, 2. März. Ein hier bereits und mit großer Bestimmtheit auftretendes Gerücht behauptet, es sei an den Senat die Anzeige gelangt, daß das preußische in Düsseldorf stationirte 16. Regiment demnächst in Bremen seine Quartiere nehmen werde, wogegen das bremische Truppenkontingent sich zum Abmarsch, wie man sagt nach Erfurt, bereit halten sollte.

Bremen, 2. März. In der Sitzung des Verwaltungsraths vom 8. Februar hatten der Bremische und Hamburgische Bevollmächtigte ihre Zustimmung zu dem Beschlusse wegen der Einberufung des Reichstages auf den 20. März zur Zeit noch ausgesetzt. In der Sitzung vom 13. Februar ertheilten sie diese Zustimmung, indem sie die nachfolgenden Erklärungen zu Protokoll gaben: Der Bevollmächtigte der freien Stadt Bremen erklärt nach Kenntnißnahme dieser Vorlage zu Protokoll: „Davon ausgehend, daß die Theilnahme an dem Beschlusse wegen Einberufung des Reichstags und an den ferner damit in Verbindung stehenden Verhandlungen eventualiter an dem Reichstage auf keinen Fall präjudicirlich sei, weder für die Frage der Anwendbarkeit der Verfassung auf die Hansestädte, so lange Sachsen und Hannover nicht gleichmäßig an dem Bundesstaate Theil nehmen, und für eine vorbehaltene Vereinbarung im Falle des Nichtanschlusses von Holstein und Lauenburg, und daß darüber beruhigende Zusicherungen des Verwaltungsraths erfolgen werden, stimme ich der Anberaumung des Termins auf den 20. März d. J. zur Einberufung des Reichstages unter Bezugnahme auf die bei dem Beschlusse wegen unveränderter Vorlage des Verfassungs-Entwurfes gemachten Vorbehalte bei.“ — Der Bevollmächtigte der freien Hansestadt Hamburg schließt sich dieser Erklärung des Bremischen Bevollmächtigten an. Der Bevollmächtigte der freien Stadt Lübeck beruft sich wiederholt auf seine in der vorigen Sitzung bezüglich des ersten Theils des Commissions-Berichtes gegebene Erklärung, bei der er auch hier lediglich verharrt. — Sämmtliche Mitglieder des Verwaltungsraths — die Bevollmächtigten der freien Hansestädte mit Bezugnahme auf ihre in der heutigen und der vorigen Sitzung zu Protokoll gegebenen Erklärungen — ertheilen dem vorstehend mitgetheilten Einberufungs-Decret hierauf ihre Genehmigung. (H. C.)

Oesterreich.

Wien, 3. März. Unsere inspirirten Blätter sind heute voll von Freude über das deutsche Verfassungswerk, welches nun zwischen den Königreichen und Oesterreich zur Ausführung kommen werde. Der Text dieses Werkes scheint noch in tiefes Geheimniß gehüllt, weder „Lloyd“ noch „Reichszeitung“ kennen ihn, bewundern ihn aber jedenfalls, sie sehen in dieser unbekannten Größe alles, sogar die Einigung Deutschlands voraus. (Aus den beständigen Widersprüchen über das Vier-Königs-Bündniß läßt sich die Wahrheit noch immer nicht herausfinden.)

Apathin (in der Bacska), 11. Februar. In unserer Gegend werden immer mehr Truppen zusammen gezogen, es ist aber auch hohe Noth, daß den fortwährenden Gräueln, Raubanfällen und Mordthaten, deren traurige Zeugen wir hier sind, ein Ende gemacht werde. Es ist wohl das Standrecht gegen alle Diebe und Mörder publicirt, aber von einer Exekution der vollen Gerichtspflege ist schon darum nicht die Rede, weil ungeachtet aller Bemühungen des Generals Meyerhofer die Behörden noch immer nicht vollständig organisirt und mit unpartheiischen gerechten Beamten besetzt sind. Der Haß zwischen den Serben, Deutschen und den übrigen Völkerschaften der Woywodina, welcher Haß übrigens seine tieferen Gründe vielmehr in religiöser als nationaler Verschiedenheit trägt, verwirrt selbst die Rechtsbegriffe. Nichts Seltenes ist es hier, daß Ortsvorsteher nach bloßen Stammes-Neigungen Recht und Urtheil sprechen, und erst vor Kurzem geschah es, daß ein auf der Straße beraubter Tischlergeselle aus Wien, welcher bei dem Magistrate in Zombor Klage führte und die Thäter als „Raitzen“ beschrieb, die einfache abweisende Antwort erhielt: es konnten keine Serben gewesen sein, es waren entlassene Honveds. (Köln. Z.)

Dänemark.

Kopenhagen, 28. Februar. Es freut uns, unseren Lesern durch den folgenden Artikel der Berlingske Tidende einen Belag dafür geben zu können, daß die Sprache, welche das „Fädrelandet“ und ähnliche Parteiblätter gegen Preußen in der letzten Zeit geführt haben, durchaus nicht als der allgemeine Ausdruck der Gesinnung gelten kann. Der Artikel ist um so bedeutsamer, da die Berlingske Tidende als das halboffizielle Organ betrachtet wird. Berlingske Tidende vom 26. Februar theilt aus dem Briefe eines sich in Norddeutschland aufhaltenden Dänen Folgendes mit: Die letzte Sendung der Post hat uns eine Menge Betrachtungen über die Thronrede unseres Königs und den bekannten darin vorkommenden Passus gebracht. Auch brachte sie uns unsere dänischen Zeitungen mit den neuesten Nachrichten. Unter diesen enthält „Fädrelandet“ Nr. 36. v. 12. d. M. einen langen Artikel — er soll wohl humoristisch sein — den ich viel lieber ungeschrieben sähe; er speit Gift und Galle gegen den König von Preußen, — und was kann das helfen? Glaubt Fädrelandet unserer Sache damit zu nützen, so thut es augenscheinlich einen großen Fehlgriff, denn das Blatt, welches hier in Schmähungen der gröbsten Art ausbricht, giebt damit nur zu größerer Spannung zwischen beiden Regierungen und beiden Völkern Anlaß. Gerade jetzt, da die Unterhandlungen begonnen haben und vorwärts zu schreiten scheinen, dürfte es doch um so mehr passend sein, sich einer wenn nicht freundschaftlichen doch einigermaßen versöhnlichen Stimmung zu nähern; aber ein solcher Artikel, der offenbar bei Vielen eine bittere und feindliche Gesinnung erwecken oder wiedererwecken wird, ist nicht geeignet, den Weg zum Friedenswerke zu bahnen, und während wir, nach dem Abschluß des Waffenstillstandes und der Friedenspräliminarien mit Preußen, nun an jenem arbeiten, scheint auch der Anstand zu fordern, daß man wenigstens in Etwas sich den Regeln nähere, welche unter freundschaftlichen Verhältnissen gelten müssen, wenn man nicht gerade jetzt störend darauf einwirken will, da es Ernst mit den Konferenzen zu werden scheint; wenigstens wird von mehreren Seiten versichert, daß in diesen Tagen die zweite Sitzung zwischen den Unterhändlern stattfinden soll.“ (D. R.)

— Die Nachricht, daß England keine Erneuerung der Blokade dulden werde, bringt die Berling’sche Zeitung ohne Commentar, Flyveposten“ mit dem Zusatze, sie sei offenbar falsch; allein wenn wirklich England eine solche mit dem Völkerrecht streitende Unmöglichkeit begehen wolle, werde Dänemark allein dem Zwange nachgeben. — Alle Blätter weisen das in deutschen Blättern vorgekommene Gerücht, die dänischen Minister hätten gegen Preußen die Thronrede des Königs von Dänemark dasavouirt, als gänzlich aus der Luft gegriffen, zurück.

Frankreich.

Paris, 28. Februar. Man liest im Moniteur: „Die beunruhi-

genden Gerüchte, die man seit zwei Tagen in Paris über die äußere Lage zu verbreiten gesucht hat, sind heute wieder stärker geworden. Wir sind zu der Erklärung ermächtigt, daß sie jeder Begründung entbehren. Die Regierung hat gerade heute Depeschen von Rußland, Oesterreich und Preußen erhalten, die uns zu der Versicherung berechtigen, daß der Friede Europas niemals gesicherter war. Die Nachricht vom Einmarsch der französischen, der preußischen und der österreichischen Armee in die Schweiz ist mithin erdichtet."

Paris, 1. März. (Sitzung der National-Versammlung.) Vorsitzender Bedeau, Vice-Präsident. — Die Sitzung beginnt mit der Erneuerung der Abtheilungen durchs Loos. Hierauf wird ein Kredit-Verlangen des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten im Betrage von 400,000 Franken für verausgabte Courierkosten u. s. w. im Jahre 1849, die durch das Budget dieses Jahres nicht gedeckt sind, diskutirt. Mehrere Redner der Linken, unter Andern Bertholon, Matthieu (de la Drome), Baune, Morellet versuchen, aus diesem Kreditverlangen eine Vertrauensfrage zu machen, indem sie erklären, die obige Summe nicht eher bewilligen zu wollen, als bis der Minister des Aeußern genügende Aufklärungen über die politische Lage Frankreichs den europäischen Mächten gegenüber gegeben habe. Der Minister des Aeußern antwortet: „In den diplomatischen Berichten, die ich empfange, ist durchaus Nichts, was das Land beunruhigen könnte. An die Schweiz waren von den angrenzenden Mächten Anforderungen gestellt worden, die vollkommen gerecht waren, da die politischen Flüchtlinge daselbst einen Brennpunkt der Insurrektion unterhielten. Der Bundesrath hat kraftvolle und weise Maßregeln ergriffen, und uns vollkommen befriedigt. (Uns! uns! auf der Linken.) Ich glaube daher, daß das Land und die Versammlung vollkommen ruhig sein und einer Regierung vertrauen kann, die entschlossen ist, die Ehre und die Grenzen des Landes zu vertheidigen. Der in Rede stehende Kredit bezieht sich übrigens auf stattgehabte Ausgaben des vorigen Jahres, und es kann daher von einem Vertrauensvotum nicht die Rede sein." Morellet sucht noch den Minister zu Erklärungen über die Anhäufung von österreichischen Truppen um den Kanton Tessin herum, und die Absichten Preußens in Bezug auf Neufchatel zu veranlassen; allein auf den Zuruf und die Zeichen vieler Mitglieder der Rechten schweigt der Minister. — Der Kredit wird hierauf mit 402 Stimmen gegen 171 votirt. — Der Minister des Innern deponirt mehrere Gesetzentwürfe, u. A. einen über die telegraphische Privat-Korrespondenz, und sodann den längst erwarteten über die Bürgermeister. Letzterer wird mit ironischen Beifallsbezeugungen von der Linken empfangen. Auf vielseitiges Verlangen liest der Minister denselben vor. Das Wesentliche ist, daß in Zukunft die Centralgewalt die Bürgermeister aus den Gemeinderäthen ernennen soll, und zwar für Gemeinden unter 3000 Einwohnern der Präfekt, für Gemeinden von 3000 Einwohnern und darüber der Präsident der Republik selbst, und daß innerhalb zwei Monaten nach Erlaß des Gesetzes die gegenwärtig im Amt befindlichen Bürgermeister entweder durch die Regierung bestätigt oder durch andere ersetzt werden sollen. — Hierauf wird die gestern abgebrochene Diskussion über die Paris-Avignoner Eisenbahn fortgesetzt. Barthelemy Saint Hilaire spricht gegen die Konzession an eine einzige große Gesellschaft (Rothschild) vor fast leeren Bänken. — De Mouchy spricht sich für die Konzession der ganzen Eisenbahn von Paris nach Avignon an eine einzige Gesellschaft aus. Da gestern von Rothschild, als dem am meisten dabei interessirten Spekulanten, gesprochen worden war, so benutzt de Mouchy die Gelegenheit zu dem anerkennenden Ausspruch, daß Rothschild sich immer muthvoll benommen, und dem öffentlichen Wohl so wie der Industrie wesentliche Dienste geleistet habe. — Schluß der Sitzung 6 Uhr.

— Die Wallfahrten nach der Julisäule, um dem Andenken der Februarhelden Huldigungen darzubringen, dauern fort. Alle Stangen des den Fuß derselben umgebenden ziemlich umfangreichen Eisengitters sind mit Immortellenkränzen behangen, und selbst das Innere ist schon ganz damit überschüttet. Zwei Deputationen der Studenten von der medizinischen und der juristischen Fakultät haben ebenfalls in feierlichem Zuge Immortellenkränze dorthin gebracht. Es herrscht dabei vollkommene Ruhe und Ordnung.

— Der Präsident hielt heute eine Revue im Garten der Tuilerieen. Vom Publikum scholl ihm theilweise der Ruf: Es lebe die Republik! theils der: Es lebe Napoleon! entgegen.

— Heute hatte der Präsident der Republik eine lange Konferenz mit dem englischen Gesandten Lord Normanby. Man versichert, daß derselbe den Brief betraf, welchen der Kaiser von Rußland an den König Otto geschrieben haben soll.

— Die Majorität soll wegen der Politik des Präsidenten der Republik in der schweizerischen Frage sehr unzufrieden sein und hier den Einfluß des Generals Dufour eben so wie bei früheren Gelegenheiten die Einwirkung des Lord Normanby, befürchten. Man sprach heute vielfach von dem Rücktritte des Generals Lahitte, welcher die Ansichten des Präsidenten nicht theile.

Paris, 1. März. Der heute Mittag unter L. Napoleon's Vorsitz versammelte Ministerrath beschäftigte sich mit Depeschen aus Berlin, wonach Preußen wenig geneigt wäre, seinen Ansprüchen auf das Fürstenthum Neufchatel zu entsagen, Der Ministerrath hat neue Maßregeln für die rasche Vollziehung der den Chefs der verschiedenen Militärdienste zugeschickten und auf das unter General Magnan's Commando gestellte Corps bezüglichen Befehle getroffen.

— Trotz der auf der Tribune von Lahitte abgegebenen Erklärungen heißt es nach der „Estafette" in der National-Versammlung, daß man die Bildung eines Beobachtungscorps an der Ostgränze beschlossen und daß der Kriegsminister alle Maßregeln ergriffen habe, damit die Absendung der Truppen keine Verzögerung erleide. Das Armeecorps würde aus 60 Bataillonen Infanterie, 36 Escadrons Cavallerie und 10 Batterien Artillerie bestehen und Magnan den Oberbefehl desselben erhalten. Man glaubt, daß er sein Hauptquartier zu Besançon aufschlagen werde.

— Die Truppen-Bewegungen nach der deutschen Gränze dauern in großartigem Maßstabe fort. Heute werden wieder zwei Infanterie-Regimenter und ein Artillerie-Regiment der Armee von Paris nach dem Osten und Norden abgehen. Ueber die beiden Infanterie-Regimenter, die sich vorerst nach Verdun und Langres begeben, hält der Präsident der Republik selbst vor ihrem Abmarsche Revue. Gewöhnlich gut unterrichtete Personen glauben, daß es wohl zu einer Besetzung von Lausanne und Genf durch die französiche Armee kommen wird, daß dieselbe jedoch keineswegs bestimmt ist, die Offensive gegen die österreichische oder preußische Armee zu ergreifen.

Paris, 3. März. General Changarnier hat den Oberbefehl über die Ostarmee abgelehnt. General Magnon wird denselben übernehmen. Der heutige „Napoleon" enthält ein Manifest, die Schweizerangelegenheit betreffend. — Die Rückkehr des Papstes nach Rom ist bis jetzt noch unbestimmt.

— Hautpoul soll aus dem Ministerium scheiden. (V. Z.)

— Der Finanzminister verlangt in der National-Versammlung die Bewilligung, das Budget für 1850 um 1/6 erhöhen zu dürfen.

Großbritannien.

London, 28. Februar. Der Pariser Correspondent des Globe glaubt, daß ein Mißverständniß zwischen Preußen und Frankreich in Beziehung auf die Schweiz nicht stattfinde. Die einzige Schwierigkeit biete die schleswigsche Angelegenheit. Wenn Preußen wieder Dänemark drohen sollte, würde es sich einer bewaffneten Einmischung zu unterwerfen haben, denn Alles scheine anzudeuten, daß die französische und englische Regierung über diesen Gegenstand einig seien.

— Die Times enthält folgende Zuschrift: „Ein österreiches Schiff, der „Solecito Bochees," (?) signalisirte bei stürmischem Wetter an der irischen Küste, in der Nähe von Galway, um Hülfe, und erhielt zu diesem Zweck eine Anzahl Irländer an Bord; aber anstatt Hülfe zu leisten, überwältigten diese 40 Irländer die Mannschaft, und plünderten das Schiff rein aus, darüber lief das Schiff auf den Strand, wo es jetzt als ein Wrack liegt. Für diesen Frevel war bis jetzt keine Genugthuung zu erlangen, indessen dürfen wohl die Rheder und Assecuranten in Triest sich zuversichtlich an Lord Palmerston wenden, und er wird ihnen volle Schadloshaltung verschaffen, auf denselben Grund hin, warum er jetzt Genugthuung für ähnliche aber kleinere, obenein von Piraten verübte, Frevel von der griechischen Regierung erpreßt. Ein Oesterreicher."

— Im Unterhause erklärte Lord Palmerston auf eine Anstey'sche Interpellation, daß keine eigentlich sogenannte Blokade des Piräeus stattgefunden habe; daß nur griechische Schiffe angehalten worden seien und der Handel der neutralen Nationen nicht benachtheiligt werde.

— Ein Brief aus Malta in der Daily News spricht die Besorgniß der dortigen Kaufleute aus: die Griechen möchten sich für die Blokade ihrer Häfen durch ein Mittel zu rächen suchen, das sie von frühern Zeiten her wohl zu handhaben wissen, nämlich durch Seeraub. In der That haben griechische Kaufleute geäußert: „Der Archipel wird nächstens von Piraten schwärmen, und wer kanns, unter den gegebenen Umständen, unsern Landsleuten verargen?"

Vermischte Nachrichten.

Stettin, 6. März. Der heutige Wasserstand der Oder ist 6 Fuß 10 1/3 Zoll, gestern stand das Wasser 6 Zoll über dem Bollwerk, auf welchem man schon mit Kähnen fuhr.

— Grünhagen, die bekannte demokratische Notabilität, ward hier gestern gesehen.

— Die Berliner Demokratie hat bereits in der Wahlfrage entschieden, sie will sich nicht betheiligen. Bei dem Ostseeblatt ist die Frage noch eine offene; ein Correspondent hat als Vorläufer sich bereits für die Wahl entschieden, die Redaktion wird nun ihre Ansicht folgen lassen, natürlich nach höheren Eingebungen.

— Wir theilen hier eine Denkschrift mit, „den Krieg mit Dänemark, die Landung auf Seeland oder die Verhinderung der Blokade preußischer Häfen betreffend":

Am 4. Mai 1848 ward dem damaligen Kriegs-Minister Herrn von Canitz ein Entwurf vorgelegt, um binnen wenigen Stunden mit vorhandenen, ohne Aufsehen zusammenzubringenden Fahrzeugen eine Armee nach Falster oder Seeland überzuführen.

Am 12. Mai ward dem gedachten Herrn Minister und auch Sr. Königlichen Hoheit dem Prinzen Adalbert mündlicher Vortrag darüber gehalten, und am 20. Mai durch Schreiben an Se. Königl. Hoheit den Prinzen Adalbert der Plan etwas weiter entwickelt; den 22. Mai ward Abschrift davon dem Herrn Kriegs-Minister übergeben, auch Se. Excellenz der Herr General-Lieutenant v. Wrangel davon unterrichtet.

Mündliche und schriftliche Anerkennungen wurden dem Vorschlage überreichlich zu Theil, da man aber sagte, daß verschiedene Rücksichten die Ausführung bisher gehindert hätten, der Vorschlag indeß für alle Zeiten anwendbar bleibt, so überreichte man am 7. Juli 1848 dem Herrn Minister v. Schreckenstein eine Vervollständigung des Vorschlages, wies nach, daß eine bloße Demonstration mit demselben die Aufhebung aller Blokaden naturgemäß zur Folge haben müsse, und bat:

„die Grundsätze des Vorschlages einer genauen Prüfung durch sach-
„kundige preußische Männer, nach Maßgabe desfallsiger früherer An-
„deutungen zu unterwerfen, demnächst aber auch Vergleiche zwischen
„diesem mit vorhandenen und nichts kostenden Mitteln auszufüh-
„renden Vorschlage und den anderweit erstrebten Mitteln anzustellen."

Als Prüfungsmittel und Prüfungsfeld ward das Königl. Dampfschiff der Adler und das Haff vorgeschlagen.

Proponent erbot sich, alle Kosten dieser Probe zu tragen, falls der einzige von einem Ingenieur gemachte Einwand begründet befunden werden sollte.

Da nichts geschah, indeß kund ward, daß alle Marine-Angelegenheiten nach Frankfurt übergeben seien, ging Proponent persönlich dahin, ward an den Herrn Kriegs-Minister v. Peucker verwiesen, conferirte gerade mit demselben, als die Nachricht vom Abschluß des Malmoer Waffenstillstandes einging, worauf man sich der Sicherheit und Ruhe überließ.

Am 3. Februar 1849, da der Krieg mit Dänemark aufs Neue begann, wiederholte man den Antrag vom 7. Juli 1848 bei einem hohen Staats-Ministerio, worauf das Kriegs-Ministerium den **als uneigennützig, aus Vaterlandsliebe entsprungenen Vorschlag belobte** und ersuchte, sich mit demselben nach Frankfurt zu wenden.

Uebergangen werden hier alle Mühe, Reisen, Kosten und Weiterungen; das Resultat war, daß die Angelegenheit in den Händen des Marine-Kapitains Herrn Donner, welcher darüber auf Befehl des Marine-Ministeriums in Frankfurt, des Herrn General v. Prittwitz, Vortrag halten sollte, verschwand.

Das Streben nach einer deutschen oder preußischen Seemacht, welche, selbst wenn wir Wasser hätten, um sie darin, gleich allen Flotten der Welt, aus der Kinderstube aufs Siechbett gehen zu sehen, hat Ansichten gebildet, welche praktische Welterfahrung und

Sachkunde kindlich patriotisch nennt, die man aber keinesweges theilt oder ausgeführt sehen möchte,

„weil keine Flotte der Welt jemals einen dem Kostenaufwand auch nur im Allerentferntesten entsprechenden Nutzen gebracht hat;"

„weil der Sachkenner in allen Marine-Häfen, die englischen nicht ausgenommen, ein Krankenhaus erblickt, dem für den größten Theil seines Inhalts die Ueberschrift: „degli incurabili" gebührt;"

„weil so wenig als eine russische, eine preußische Flotte gegen Dänemarks Willen ohne großes Risico aus der Ostsee gehen kann;"

„weil eine preußische Flotte unsere Handelsschiffe nicht durch den Sund oder Belt geleiten kann, bevor Dänemark zu Lande erobert ist;"

„weil eine preußische Flotte unsere Handels-Marine eben so wenig auf See schützen kann, als die Engländer dies 1807 bis 1811 mit ihren Convois vermochten;"

„weil eine preußische Flotte für uns ein Eris-Apfel werden würde, wie der, welcher Dänemark verzehrt, diesem Lande zwei Ueberfälle der Engländer zuzog und Schuld am jetzigen thörichten Kriege ist;"

„weil die Bemannung einer preußischen Flotte unsere Handels-Marine decimirt;"

„weil Preußens natürliche Kraft durch eine Flotte abgeschwächt werden würde."

Diese auf vieljährige praktische Lebenserfahrungen begründete Ueberzeugungen, die Liebe für König und Vaterland, in welcher Proponent, obgleich von Herzen das Gegentheil wünschend, Wenigen nachzustehen vermeint, hat denn denselben auch bewogen, auf Veranlassung der Friedens-Unterhandlungen mit Dänemark, am 22. Oktober 1849 nochmals bei einem Hohen Staats-Ministerium die Bitte zu stellen:

„Den früheren Gesuchen um Prüfung der Prinzipien des Plans zu „entsprechen."

Gleich wie in erster Eingabe ward aber wiederholt **bedungen:**

„Die Prüfung solchen Sachkennern zu überlassen, welche die passi„renden Gewässer kennen, und von Jugend auf das Haff, den Rü„ganer und Greifswalder Bodden, oder die Ostsee mit den vorge„schlagenen Fahrzeugen beschifften;"

insbesondere ward **gebeten:**

„alle Herren Mariniers, als incompetent zur Beurtheilung der Vor„lagen, auszuschließen, weil diese Herren diese Fahrzeuge und Ge„wässer nicht kennen;"

dagegen

„unter den mehr als hundert sachkundigen Schiffern, welche sich „laut eingesandtem Vertrage verpflichtet hatten, jeden Tag bereit „zu sein, mit ihren Fahrzeugen, Personen und Leuten den vorge„legten Plan auszuführen, zu wählen."

Schriftlicher Bescheid ist darauf nicht geworden und eine mündliche Auskunft, welche am 28. Dezember v. J. ertheilt ward, dahin lautend:

„man habe unmöglich 40 oder 50,000 Menschenleben an den Plan „wagen können, weshalb sich denn auch die Herren Mariniers dage„gen erklärt hätten;"

kann unmöglich eine Antwort auf das Petitum, was weder die Kühnheit noch die Sachkunde der Herren Mariniers in Anspruch nahm, sein.

Das einfache Mittel sind fichtene Balken, aber unter einander in leicht beweglichen, flachgehenden, in mannigfacher Gestalt tausendfach vorhandenen oder verbessert zu schaffenden Fahrzeugen so befestigt, daß weder Kugellöcher, Wasser oder Seegang ein Untergehen, Umschlagen, Uebersegeln, Zerbrechen gestatten, daß die Balken die beinahe unzerstörbaren Unterlagen für Geschütz-Bespannung geben, die Mannschaft durch die tragenden und schützenden Balkenlagen gegen jedes Geschoß mehr als auf Wällen einer Festung und auf Kriegsschiffen gesichert ist, und kaum lebensgefährliche Unfälle gedacht werden können, weil diese Fahrzeuge unversinkbar sind und überall auf trocken Land zu stehen kommen würden, wenn Sturm sie erfassen sollte.

Da wir aber die Wahl des Tages, der Stunde, wie des Wetters haben vom Darß (einem der Ausgangspunkte) nach Gedding-Ort auf Falster, nur 5 Meilen Binnen-Meer sind, von Gedding-Ort bis Wardingborg auf Seeland noch andere 5 bis 6 Meilen, ähnlich einer Reise auf der Havel zwischen Potsdam und Brandenburg folgen, so wäre man begierig, die kühnen Helden zu kennen und von den Gefahren Kenntniß zu erhalten, welche davon abschreckten.

Nichtsthun mag freilich für Individuen noch gefahrloser sein, mit der Ehre und dem Wohl des Staates ist es jedoch unverträglich.

Wenn aber bewiesen werden kann, daß man mit den erstrebten Fregatten, Kanonenböten u. s. w. eine thatkräftige Offensive, die Ueberschiffung und Landung einer Armee überhaupt, oder gar mit geringen Gefahren und Kosten ermöglichen könne, so wird Proponent sich gerne überzeugen lassen. So lange aber den positiven Anträgen bloße Neins aus unbekanntem Munde ohne Gründe und Beweise entgegen gesetzt werden, so lange man die eigenen Kräfte nur durch Hinderung anderer Kräfte bekundet, so lange man nicht gleiche oder bessere vorhandene Mittel anzugeben weiß, wird Proponent, hinter welchem hundert sachkundige, thatkräftige preußische Männer stehen, und welcher hier ausspricht, was die Masse der Seekundigen denkt, nicht rasten, um die Ehre und die Kraft seines Vaterlandes zu erwecken.

Daß die dazu nöthigen Mittel allein in Stettin und dessen Umgegend stets zu beschaffen sind, selbst wenn man von den hundert Zees-Schiffern — diesen kühnsten und besten Sturmvögeln, welche ihre Kräfte gleichfalls anboten — und den Hunderten der Cösliner, Stolper, Rügenwalder und anderen Küsten-Schiffer absehen wollte, weiß jeder Sachkundige.

Wer die Küsten Seelands kennt, weiß, daß es offene flache Länder sind, auf denen sich zur Zeit kaum ein Regiment befand oder vor völligem allgemeinen Frieden befinden kann, weiß auch, daß Kopenhagen und Kronenburg gar nicht weit von Wardingborg entfernt sind, und daß ein fait accomplie bei Unterhandlungen das ist, was das kräftige Schwerdt der Feder gegenüber ist.

Eifersucht Englands, Rußlands, Schwedens stellt sich uns gegenüber, aber diese Eifersucht ist nicht im Stande, unsere Landung zu hindern und sie wird für uns in die Schranken treten, wenn durch Preußens Willen für Dänemark zu fürchten ist.

Wie es nun jetzt ist, stehen wir wiederum, trotz preußischen, trotz Deutschlands zweijährigen Anstrengungen und Opfern, eine Seemacht zu schaffen, der dänischen, nur durch unsere Schwäche beachtenswerth gewordenen Macht rathlos gegenüber, und die unmöglichen, dennoch aber erstrebten Mittel, für welche man den Patriotismus der Deutschen ausbeutete und den Egoismus erweckte, sind die Wurzel unserer Rathlosigkeit.

Wo aber sind die sachkundigen Seemänner, welche beweisen könnten, daß Preußen, hätte es die ganze russische Flotte zur Disposition, mit derselben Copenhagen nehmen könnte? oder die damit den preußischen Handel im Sunde, in den Belten oder auf See zu schützen vermeinten? wo ist Der, welche eine Flotte nur halb so groß als die Dänische in Preußens Häfen bemannen könnte, ohne unsere Handelsmarine zu dezimiren?

Ferdinand Cortez verbrannte seine Flotte, um die Seinen zum Muthe zu entflammen und um Amerika's Herr zu werden.

Wenn Preußen nur etwas Thatraft zeigt, wenn es die Unmöglichkeit eines entsprechenden Nutzens durch seine sogenannten Kriegsschiffe anerkennt, und für alle Zeiten davon absieht, dann wird es in mehr als in einem Hafen die jetzt verachteten Mittel vorfinden, **um Dänemark in seiner Hauptstadt den Frieden, und unter den Flügeln des von Schloß Kronenburg wehenden Preußischen Adlers die Endschaft des Sundzoll-Tributs zu diktiren.**

Dann werden wir auch Männer finden, in deren Adern das unverweichlichte Blut derjenigen fließt, welche unter den Fahnen Stralsunds, Lübecks, Stettins ꝛc., Dänemark den Frieden vorschrieben, unter des Dessauers Führung, mit weit schlechteren Mitteln, als wir besitzen, Rügen eroberten, trotz der schwedischen Flotte; wir werden das ausführen, was Napoleon gegen das die Welt knechtende englische Krämervolk ausgeführt haben würde, hätte er über die Hälfte unserer Mittel zu disponiren gehabt.

Wenn Dänemark aber nicht erobert werden soll, so würden 100 bis 200 der vorgeschlagenen Fahrzeuge und 30- bis 40,000 Mann, in Vorpommern gesammelt, Dänemarks ganze Macht auf Schildwach bannen, an dänische Blokaden nicht zu denken, diese Maßregel aber ein Zugpflaster sein, das Dänemark früher zur Unterschrift preußischer Bedingungen nöthigte, als alle Flotten.

Ueberflüssig erscheint es, hier auf die Vortheile der preußischen Spitzkugelgewehre, denen sich kein Kriegsschiff nahen darf, ohne in Flammen zu stehen, oder sonstige Details einzugehen, da es sich jetzt nur darum handelt, das Prinzip anerkannt zu sehen.

Ist mit diesem Anerkenntniß erst die amtliche Grundlage anerkannt, und man fordert dann die preußischen Männer- und Soldatenherzen zur weiteren Entwickelung auf, so ist jede dänische Drohung ein lächerliches Gespenst.

Die Frage über Krieg und Frieden mit Dänemark soll jetzt entschieden werden; und daher fordere ich hiemit alle preußischen Männer, alle Zeitungen und Journale zum thatkräftigen Beistande auf, um Preußens Ehre und Interesse rechtzeitig zu wahren, so wie durch Bekämpfung einer nutz- und zwecklosen, abschwächenden Marine dem dänischen Gespenst das falsche Ansehen zu entziehen.

Stettin, den 20. Februar 1850.

August Moritz, Kaufmann und Stadtrath.

(Eingesandt.)

Aufgemerkt, Stettin!

Die Schwächen der conservativen Partei sind die Hauptstärke der Gegner, machen diesen bei Epochen der Entscheidung den Sieg oder mindestens die Ueberrumpelung so leicht und lassen sie alsbald Triumphlieder anstimmen. Gehet hinein in das feindliche Lager und sehet, mit welcher consequenten Taktik Alle wie Ein Mann auf das eine große Ziel hinarbeiten, die Throne zu untergraben, die Kronen zu schwächen, die Gesetze sammt Ordnung und Freiheit umzustoßen. Sehet mit Erstaunen, wie die ganze große Kette in allen Ländern zusammenhält und ein gegebenes Signal wie der Funke der Elektrisirmaschine alle Glieder in einem Nu durchzuckt. Bewundert ihre Einstimmigkeit, wo es gilt, ein Geschrei zu erheben, um den großen Haufen zu verwirren und für ihre Zwecke zu bearbeiten. Erkennt die Planmäßigkeit, mit welcher sie alle Schritte thun, die Umsicht, die Geschicklichkeit, mit welcher sie sich leicht in alle Umstände zu finden wissen; ahmet nach die Unermüdlichkeit und Ausdauer im Ringen nach dem Ziel, das sie sich selbst gesteckt haben. Einem so entschlossenen Feinde in geschlossenen Reihen gegenüber thäte vor Allem Einmüthigkeit, Eintracht, Wachsamkeit, Kraft und Beharrlichkeit Noth; aber eben daran lassen es die Conservativen so oft fehlen. Sie meinen, es sei genug, wenn sie einmal ein wenig Pulver in die Luft geknallt haben, ob es trifft oder nicht, gilt ihnen gleich, die Seele hat Ruhe, denn sie hat sich salvirt. Es ist eine jämmerliche Feigheit, sich scheu zu verkriechen, wo es gilt, die offene Brust entgegenzustellen; es ist ein schändlicher Verrath an der guten Sache, da zu schweigen, wo man reden, dort die Hände in den Schooß zu legen, wo man handeln sollte, dort klug sich zurückzuziehen, wo man sich drängen sollte, der Erste zu sein, das für recht Erkannte ad acta zu legen, und es erst dann an Tageslicht zu bringen, wenn die beste Stunde vorüber ist. Schwer ist diese Klasse von Menschen zur Thätigkeit zu ermuntern, aber wenn einmal eine Art von Begeisterung aufflackert, so erlischt das Feuer ebensoschnell wie eine Sternschnuppe.

Mit Adressen, Petitionen, Lobsprüchen habt ihr viele Bogen gefüllt und manche Zeitungsspalte bezahlt, seid sehr tapfer und muthig aufgetreten, wenn es galt, in der Ferne den Gegner zu treffen, habt den Berlinern, den Frankfurtern bittere Vorwürfe gemacht, daß sie nicht mit muthiger Kraft dem Unwesen in ihren Mauern steuerten, habt oft raisonnirt, wo ihr sicher euch fühltet, weil ihr fern vom Schuß waret; unterdessen habt ihr früher und noch jetzt ruhig zugeschaut, wenn der Feind um euch wühlte, habt euch inwendig geärgert, habt in der Stille raisonnirt; was habt ihr gethan? Was thut ihr noch heute, um Schandblätter, deren Pest gen Himmel stinkt, zu vernichten, ihnen moralisch den Untergang zu bereiten? Wo seid ihr Alle, ihr hochherzigen Zeugen für Recht und Wahrheit, für Sittlichkeit und Religion, ihr redlichen, ihr muthigen Seelen, die ihr geschworen: fiat justitia et pereat mundus! Wo seid ihr Märtyrer der guten Sache in den Tagen der Sündfluth? Noch schläft der Feind nicht, neue Nothsignale wecken ihn auf, er steht auf der Lauer. Sehet euch wohl vor! Führet die Waffen, die euch erlaubt sind, seid nicht fahrlässig auf eurem Posten. Aufgemerkt, Stettin! Neue Wahlen sind vor der Thür! Es rumort drüben im feindlichen Lager. Sie werden sich nach Umständen richten, aber irgend etwas führen sie im Schilde. Darum seid auf der Hut! — S — r.

Hierbei ein Provinzial-Anzeiger.

Pränumerations-Preis für Nicht-Abonnenten der Zeitung pro Monat 1½ sgr.; frei in's Haus: 2½ sgr.

Provinzial-Anzeiger.

Insertionspreis 6 pf. für die dreispalt. Petitzeile. Erscheint täglich, excl. der Sonn- und Festtage, Vormittags 11 Uhr.

Beilage zur Königlich privilegirten Stettinischen Zeitung.

No. 55. Mittwoch, den 6. März. 1850.

Ausgabestellen: bei dem Destillateur Radtke, Bollenstraße No. 695, bei Louis Sahlfeldt, Oberwiek.

Einpassirte Fremde.

Vom 4. März.

Hotel de Prusse. Kaufleute Gerheim a. Worms, Reichardt aus Magdeburg, Steindorff aus Offenbach; Bank-Direktor Mac-Leane aus Königsberg; Gutsbesitzer v. d. Osten aus Plathe; Graf v. Kleist aus Tüchow; Partikulier v. Schmeling a. Berlin.

Hotel du Nord. Ingenieur Kossi aus Preßburg; Privatmann Grünhagen aus Königsberg i. Pr.; Kaufleute Westermann aus Bielefeld, Cohn aus Berlin, Sehlmacher, Schultze aus Magdeburg, Gronau aus Colberg, Schultz aus Ornshagen.

Drei Kronen. Gutsbesitzer Hüsenett a. Schönow; Kaufleute Grosser aus Berlin, Wolff, Gudde aus Prenzlau, Aßmann I. und II. aus Rüdenscheid, Josephy aus Wangerin; Förster Rhodus aus Potsdam; Kreis-Gerichts-Rath Ebert aus Swinemünde.

Hartwigs Hotel. Gutsbesitzer Niendorff a. Tonnin; Landrath Müller aus Posen; Kaufleute Kiefer aus Gnesen, Dankbar, Hirschberg, Richter aus Berlin.

Fürst Blücher. Kaufleute Tobias aus Königsberg, Hinrichs aus Offenbach; Gutsbesitzer Schimmelpfennig aus Löwenberg; Premier-Lieutenant v. Colomb aus Hirschberg; Fabrikant Hoffmann aus Krimmitschau.

Officielle Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Nach Artikel 2 des in Kraft gebliebenen Wahlgesetzes für die erste Kammer, vom 6. Dezember 1848, und §. 1. des zu dessen Ausführung erlassenen Reglements vom 28. Febr. d. J. sind alle diejenigen Preußen:

welche das 30ste Lebensjahr vollendet, seit 6 Monaten ihren Wohnsitz oder Aufenthalt in der Gemeinde gehabt haben, nich tin Folge rechtskräftigen Erkenntnisses den Vollgenuß der bürgerlichen Rechte entbehren und binnen drei Tagen nach in ortsüblicher Weise erfolgter öffentlicher Aufforderung ein Grund-Vermögen im Werthe von mindestens 5000 Thalern oder ein reines jährliches Einkommen von mindestens 500 Thalern glaubhaft nachweisen,

stimmberechtigte Urwähler zur ersten Kammer.

Demgemäß fordern wir alle in diese Kathegorie gehörenden hiesigen Einwohner hierdurch auf, an einem der folgenden Tage:

den 7., 8. oder 9. März d. J., Vormittags von 9 bis 1 Uhr oder Nachmittags von 3 bis 6 Uhr, im Saale des hiesigen Rathhauses sich einzufinden und den vorgeschriebenen Nachweis bei den anwesenden Magistrats-Commissarien Behufs der Einschreibung in die Urwähler-Verzeichnisse zur ersten Kammer zu führen.

Der Nachweis wird als geführt angenommen, wenn

1) der Besitz eines Grundvermögens im Werthe von mindestens 5000 Thlrn. oder eines reinen jährlichen Einkommens von mindestens 500 Thlrn. den Magistrats-Commissarien als notorisch bekannt ist;
2) bei Beamten, wenn sie in den Verzeichnissen der Communal-Einkommensteuer mit einem Gehalte von mindestens 500 Thlrn. aufgeführt stehen;
3) bei allen anderen Einwohnern, welche nach Portionssätzen zur Communal-Einkommensteuer beitragen, wenn sie mindestens eine Portion zahlen.

Alle diejenigen Einwohner, bei welchen der Nachweis in vorgedachter Art nicht zu führen ist, müssen durch Atteste der Bezirksvorsteher oder auf andere glaubhafte Weise darthun, daß sie ein Grundvermögen im Werthe von mindestens 5000 Thlrn. besitzen oder ein reines jährliches Einkommen von mindestens 500 Thlrn. beziehen.

Mit dem 9. März d. J., Abends 6 Uhr, werden die Verzeichnisse der Urwähler zur ersten Kammer geschlossen.

Stettin, den 5. März 1850.

Der Magistrat.

Publicandum.

Die aus der Zeit vom 1sten November 1848 bis ultimo Januar 1849 beim städtischen Leih-Amte vorhandenen, nicht eingelösten oder erneuerten Pfänder, als Gold, Juwelen, Silber, Uhren, Kleidungsstücke, Waaren, Kupfer- und Messinggeräthschaften, Leinenzeug und Betten, sollen am

Donnerstag, den 7. März c., und an den folgenden Tagen, Vormittags von 9 bis 12 Uhr,

im Auktions-Saale des Leih-Amts, große Domstraße No. 666, öffentlich an den Meistbietenden verkauft werden.

Kauflustige werden hierzu mit dem Bemerken eingeladen, daß der Zuschlag bei annehmlichen Geboten sofort erfolgt, und gleich nach demselben das Kaufgeld an den Commissions-Rath Reisler zu entrichten ist.

Stettin, den 10ten Januar 1850.

Der Curator des städtischen Leih-Amts.

Sternberg.

Provinzielles.

Stralsund, 2. März. Auch hier ist nach der der Regierung vorgelegten und von derselben anerkannten Geschäftsordnung zur Bildung des Gewerberathes durch Wahl der sämmtlichen Beamten geschritten worden. Sowohl die constitutionelle, wie die domokratische Partei sind im Gewerberathe vertreten; bei der Wahl der Beamten zum Gewerberath behielt jedoch die demokratische Partei die Oberhand. — Zu den Wahlen nach der neuen Gemeinde-Ordnung beginnen bereits hier die Agitationen der verschiedenen Parteien; die Betheiligung hieran wird für Neuvorpommern und Rügen jedenfalls eine sehr lebhafte werden und sämmtliche Wahlberechtige auf den Kampfplatz rufen, da man von der Wichtigkeit dieser Wahlen für die Umgestaltung, resp. Verbesserung unserer Gemeinde-Verhältnisse hier vollkommen überzeugt ist. In den östlichern und westlichen Provinzen Preußens, wo die Gemeinde-Verhältnisse schon im Sinne der Neuzeit geregelt sind, dürfte man freilich der neuen Gemeinde-Ordnung nicht mit solcher Spannung entgegensehen, wie hier. Wir aber, die noch ziemlich tief mit manchen Einrichtungen im Mittelalter stecken, finden in derselben so manche Verbesserung und Neugestaltung, als daß wir uns nicht lebhaft an den Wahlen dazu betheiligen sollten. — Unserer Stadt steht eine bedeutende Verbesse-

rung in Betreff der Versorgung mit Wasser bevor. Man beabsichtigt nämlich, das Wasser von einem höher als das Stadt-Terrain gelegenen See bis vor das Thor in ein tiefes Bassin zu leiten und es dann von da aus durch Röhren nach den verschiedenen Richtungen der Stadt zu verbreiten. Der vorläufige Kostenanschlag hierzu ist auf 50,000 Thaler berechnet. Bei der Wichtigkeit und den bedeutenden Kosten der Ausführung, hat der Rath dem Collegio die Einholung eines Gutachtens von der Ober-Bau-Deputation empfohlen. Das Collegium hat sich damit einverstanden erklärt. (C. Z.)

Stolp. Der „große Rath des Treubundes" in Berlin macht bekannt, daß hier in Stolp ein konservativer Verein, zwar mit dem Namen des Treubundes sich schmückend, doch mit uns in gar keiner Verbindung, für die Wahl in Erfurt einen Kandidaten berücksichtigt wissen wollte, was nicht gelang; vielmehr wurde derjenige gewählt, den die Herren Gutsbesitzer aus der Umgegend aufgestellt hatten. Von dem Vorstandsmitgliede des sogenannten Treubundes wurde nun, um den Gutsbesitzern die Spitze zu bieten, eine Adresse an zwei Abgeordnete vorgeschlagen, um dieselben wegen des Verhaltens in den Berathungen überhaupt, so wie besonders wegen ihrer Abstimmung über die Königl. Januarbotschaft zu beloben. Die Adresse wurde in einer Versammlung des Vereins berathen, worin nicht ein Zehntel der Mitglieder anwesend war, und dann (ohne die Firma des Treubundes) in der Stadt bei den Demokraten umhergeschickt, welche diese Gelegenheit freudig ergriffen, um sich zu betheiligen. Der Berliner Treubund erklärt nun, er will mit der ganzen Geschichte und mit dem Stolper Treubund überhaupt nichts zu thun haben. (A. P. B.-Bl.)

Cöslin, 2. März. Am Donnerstag stand in der öffentlichen Sitzung des Kreisgerichts vor den Schrankin der Lehrer Gast aus Bublitz, angeklagt, den Rathsdiener in Bublitz in Bezug auf sein Amt beleidigt zu haben. Er wurde zu 3 Thlr. Strafe und in die Kosten verurtheilt. — Der Kupferschmied Gottberg aus Bublitz, angeklagt, auf einen Menschen geschossen zu haben, wurde zu viermonatlicher Zuchthausstrafe verurtheilt, nachdem der Staatsanwalt nur 4 Wochen Gefängniß beantragt hatte. — Der Maurergeselle Kähler, angeklagt, an den Verkaufsvortheilen eines gestohlenen Mantels Theil genommen zu haben, wurde freigesprochen.

Vermischtes.

Danzig, 28. Februar. Aus Rothebude geht uns vom 27sten folgender Bericht zu: Leider hat am 25sten um 4 Uhr Nachmittags die Weichsel den sogenannten Haspeldamm bei Lackendorf und gestern Mittag den Werderdamm zwischen dem Koll und der Dorfschaft Krebsfelde durchbrochen, wodurch die Petershager Niederung, den Tiegefluß aufwärts bis zu den Ortschaften Marienau, Niedau, Groß-Mausedorf ꝛc. überschwemmt wird. Die diesseitige Niederung des Tiegeflusses hat sonst bei dergleichen Fällen, bei Abkastung und Erhöhung des Tiegeflusses, es erhalten, daß die Ueberschwemmung unsere Seite verschonte; gegenwärtig soll aber das Haff und die Ueberfälle so mit Eis verlegt sein und der Wasserstand einen so hohen Grad erreicht haben, daß man glaubt, wir werden den Tiegewall nicht erhalten; alsdann würde unsere Gegend bis Neuteich hinauf überfluthen. Der Schaden würde wieder sehr bedeutend sein, da der bei weitem größte Theil der Wintersaaten verloren gehen würde. (Danz. Z.)

Prag, 27. Februar. Letzten Sonntag verbreitete sich in dem ruhigen Gebirgsstädtchen Winterberg an der bayerischen Grenze bei der dortigen k. k. Finanzwachkaserne plötzlich die Nachricht, es sei dem k. k. Bezirkshauptmann Pribyl so eben von Kuschwarda die Meldung von einem mörderischen Gefecht zwischen der berüchtigten Lockenhäusler Schwärzer- und Räuberbande aus Bayern und der k. k. Finanzwachmannschaft, dann dem fürstlichen Jägerpersonale mit der Aufforderung um schleunige Hilfe zugekommen. Es dauerte auch keine zehn Minuten, so war auch schon der Bezirkshauptmann vom obern alten Schlosse, dem Sitz der Bezirkshauptmannschaft, am Platze vor der Finanzwachkaserne in voller Dienstuniform erschienen, ließ von der Nationalgarde Vergatterung schlagen, und eine Viertelstunde später sah man den Bezirkshauptmann mit dem Finanzwach-Obercommissär an der Spitze eines auserlesenen kampfmuthigen Häufleins, voran etwa 12—15 Mann des vor wenigen Stunden daselbst von Arad eingerückten geringen Landwehr-Commando, in der Mitte eben so viel Nationalgarde, und in der Arriere einige Mann der Finanzwache, alle mit scharfgeladenen Gewehren — aus der Stadt ins Hochgebirge des Böhmerwaldes den Kuschwadern zu Hilfe eilen, um sie gegen einen angesagten Angriff bei Kubohütten zu decken. Ungefähr nach zwei Stunden kehrte das ganze Hilfscommando zurück, gefolgt von der Kuschwader Nationalgarde und Finanzwache, in ihrer Mitte ein durch die Hüfte geschossener Lockenhäusler auf einem Schlitten. Soviel ich von einem Finanzwache-Aufseher erfahren konnte, war die im ganzen Böhmerwalde gefürchtete Lockenhäusler Räuberbande aus Bayern, etwa 20—30 Mann stark, alle mit Doppelstutzen bewaffnet, schon Donnerstag den 21. d. M., als sie auf die friedliche Aufforderung mit Kugelschüssen geantwortet, bei Böhmisch-Röhren angegriffen worden, Baum für Baum mußte erkämpft werden, sechs schwer Verwundete an der österreichischen Seite, mehre Todte und Verwundete an Seite der Lockenhäusler geben Zeugniß von der gegenseitigen lang genährten Erbitterung des Kampfes. Die Lockenhäusler schleppten ihre Verwundeten und Todten über die Grenze nach Bayern fort, nur der Eine, den man eben einbrachte, konnte der Finanzwache nicht entrissen werden. Samstag Nachts kehrten die Lockenhäusler verstärkt zurück, stürmten die Kaserne in Tusset, um ihren Kameraden zu befreien, wurden jedoch mit dem Verluste zweier Todten zurückgeschlagen. Da sie ausgekundschaftet, daß ihr Gefährte nach Winterberg transportirt werde, wollten sie sich im Walde in den Hinterhalt legen, welche Absicht aber durch das energische Auftreten der Nationalgarde vereitelt wurde. (Schl. Z.)

Beyrut, 7. Februar. Ein heftiger Sturm, welcher in der Nacht vom 31. Januar l. J. zum Ausbruch kam, und 24 Stunden hindurch andauerte, hat an der syrischen Küste zahlreiche Unglücksfälle verursacht. Die in der Rhede von Beyrut befindlichen Schiffe sind mit Ausnahme eines einzigen, trotz der ausgeworfenen Nothanker, von den Wellen des in hohem Grade aufgeregten Meeres fortgetragen worden, und strandeten in einer Entferuung von einer Stunde außerhalb der Stadt. Unter den verunglückten Schiffen befand sich eine sardinische und eine arabische Brigg, ein kleineres arabisches Segelschiff, dann ein englischer Dreimaster, sämmtlich mit voller Ladung. Außerdem sind 20 größere und kleinere Boote zertrümmert worden. Weit ärger noch wüthete der Sturm in der Gegend von Acri. Beinahe sämmtliche in der dortigen Rhede vor Anker gewesene, mit Getreide beladenen Schiffe, worunter 3 französische und 4 griechische, sind durch die Gewalt der Fluthen an die Küste getrieben worden.

Getreide-Berichte.

Berlin, 5 März.

Am heutigen Markt waren die Preise wie folgt: **Weizen** nach Qualität 48—54 Thlr.

Roggen, in loco und schwimmend 25 — 27 Thlr., pro Frühjahr $23\frac{3}{4}$ Thlr. Br., $23\frac{1}{2}$ bez. u. G., pro Mai—Juni $24\frac{1}{4}$ Thlr. Br., $23\frac{3}{4}$ a 24 G., pro Juni—Juli 25 Thlr. Br., $24\frac{1}{2}$ G., pro Juli—August $25\frac{1}{2}$ Thlr. Br., 25 G., pro Sept.—Oktbr. 27 Thlr. Br.

Gerste, große, in loco 20—22 Thlr., kleine 17—20 Thlr.

Hafer, in loco nach Qualität 15—17 Thlr., pro Frühjahr für 50pfünd. 15 Thlr. Br., 14 G.

Erbsen, Kochwaare 30—34 Thlr., Futterwaare 27—29 Thlr.

Leinöl, in loco $11\frac{1}{2}$ Thlr., pro März—April $11\frac{1}{4}$ Thlr., pro April—Mai $11\frac{1}{6}$ Thlr.

Rüböl, in loco $11\frac{3}{4}$ Thlr. bez., pro März $11\frac{3}{4}$ Thlr. bez. u. Br., $\frac{2}{3}$ G., pro März—April $11\frac{2}{3}$ u. $\frac{3}{4}$ Thlr. bez., $11\frac{3}{4}$ Br., $11\frac{7}{12}$ G., pro April—Mai $11\frac{5}{12}$ a $\frac{7}{12}$ Thlr. bez., $11\frac{1}{12}$ Br., $11\frac{1}{2}$ G., pro Mai—Juni $11\frac{1}{2}$ Thlr. Br., $11\frac{1}{4}$ G., pro Juni—Juli $11\frac{1}{4}$ Thlr. Br., $\frac{1}{6}$ G., und pro Septbr.—Oktbr. $11\frac{1}{3}$ Thlr. Br., 11 bez. u. G.

Spiritus, in loco ohne Faß $13\frac{1}{3}$ Thlr., mit Faß pro März—April $13\frac{1}{2}$ Thlr. Br., pro April—Mai $13\frac{1}{2}$ Thlr. bez., Br. u. G., pro Mai—Juni 14 Thlr. Br., $13\frac{5}{6}$ G., pro Juni—Juli $14\frac{1}{2}$ Thlr. bez. u. Br., pro Juli—August 15 Thlr. Br., $14\frac{3}{4}$ bez. u. G.

Berliner Börse vom 5. März.

Inländische Fonds, Pfandbrief-, Kommunal-Papiere und Geld-Course.

	Zinsfuss.	Brief	Geld	Gem.		Zinsfuss.	Brief	Geld.	Gem
Preuss. frw. Anl.	5	$105\frac{1}{2}$	105		Pomm. Pfdbr.	$3\frac{1}{2}$	96	$95\frac{1}{2}$	
St. Schuld-Sch.	$3\frac{1}{2}$	88	—		Kur- & Nm. do.	$3\frac{1}{2}$	$96\frac{1}{4}$	—	
Seeh. Präm-Sch.	—	$104\frac{1}{4}$	—		Schles. do.	$3\frac{1}{2}$	—	$95\frac{1}{4}$	
K. & Nm. Schldv.	$3\frac{1}{2}$	—	—		do. Lt. B. gar. do.	$3\frac{1}{2}$	—	—	
Berl. Stadt-Obl.	5	$104\frac{1}{4}$	—		Pr. Bk-Anth-Sch.	—	—	$94\frac{1}{4}$	
Westpr. Pfdbr.	$3\frac{1}{2}$	—	$90\frac{3}{4}$						
Grosh. Posen do.	4	$100\frac{3}{4}$	-		Friedrichsd'or.	—	$13\frac{7}{12}$	$13\frac{1}{12}$	
do. do.	$3\frac{1}{2}$	—	$90\frac{1}{4}$		And. Gldm. a 5 tlr.	—	$12\frac{2}{3}$	$12\frac{1}{6}$	
Ostpr. Pfandbr.	$3\frac{1}{2}$	—	—		Disconto	—	—	—	

Ausländische Fonds.

Russ Hamb. Cert.	5	—	—		Poln. neue Pfdbr.	4	—	$95\frac{1}{4}$	
do. b. Hope 3 4. S.	5	—	—		do. Part. 500 Fl.	4	$80\frac{1}{8}$	$79\frac{5}{8}$	
do. do. 1. Anl.	4	—	—		do. do. 300 Fl.	—	—	—	
do. Stiegl. 2 4 A.	4	—	—		Hamb. Feuer-Cas	$3\frac{1}{2}$	—	—	
do. do. 5 A.	4	—	89		do. Staats-Pr. Anl	—	—	—	
do. v. Rthsch. Lst.	5	$110\frac{1}{4}$	$109\frac{3}{4}$		Holl. $2\frac{1}{2}$ o/o Int.	$2\frac{1}{2}$	—	—	
do. Poln. SchatzO	4	—	79		Kurh. Pr. O. 40 th.	—	$32\frac{3}{4}$	—	
do. do. Cert. L. A.	5	$92\frac{1}{2}$	—		Sard. do. 36 Fr.	—	—	—	
dgl. L. B. 200 Fl.	—	—	17		N. Bad. do. 35 Fl.	—	$18\frac{1}{2}$	—	
Pol. Pfdbr. a. a. C.	4	$96\frac{1}{4}$	—						

Eisenbahn-Actien.

Stamm-Actien.	Zinsfuss	Reinertr. 48	Tages-Cours.	Priorit.-Actien	Zinsfuss.	Tages-Cours.
Berl. Anh. Lit. A. B.	4	4	$91\frac{1}{4}$ a $\frac{1}{2}$ bz.uG.	Berl.-Anhalt . . .	4	$95\frac{1}{8}$ bz.
do. Hamburg	4	—	$84\frac{1}{2}$ bz uG.	do. Hamburg . .	$4\frac{1}{2}$	$100\frac{1}{2}$ a $\frac{5}{8}$ bz.uG.
do. Stettin-Stargard	4	—	105 B. $104\frac{1}{2}$ G.	do. Potsd.-Magd. .	4	93 bz.uB.
do. Potsd.-Magdebg.	4	—	65 bz uG.	do. do	5	102 B.
Magd.-Halberstadt .	4	7	$143\frac{1}{2}$ B.	do. Stettiner . . .	5	—
do. Leipziger . .	4	10	—	Magdb.-Leipziger .	4	99 G.
Halle-Thüringer . .	4	2	$65\frac{1}{2}$ bz.	Halle-Thüringer . .	$4\frac{1}{2}$	$97\frac{3}{4}$ B.
Cöln-Minden . . .	$3\frac{1}{2}$	—	$95\frac{7}{8}$ bz.uG.	Cöln-Minden . . .	$4\frac{1}{2}$	$101\frac{1}{4}$ G.
do. Aachen . .	4	5	43 bz.	Rhein. v. Staat gar. .	$3\frac{1}{2}$	—
Bonn-Cöln . . .	5	—	—	do. 1 Priorität.	4	88 G.
Düsseld.-Elberfeld	5	—	$78\frac{1}{2}$ B.	do. Stamm-Prior	4	77 G.
Steele-Vohwinkel .	4	—	32 B.	Düsseld.-Elberfeld ,	4	—
Niederschl. Märkisch.	$3\frac{1}{2}$	—	$84\frac{1}{8}$ a $\frac{1}{4}$ bz.	Niederschl.-Märkisch.	4	$95\frac{1}{4}$ B
do. Zweigbahn .	4	—	28 B.	do. do.	5	$103\frac{1}{2}$ a $\frac{3}{4}$ bz.
Oberschles. Litt. A.	$3\frac{1}{2}$	$6\frac{1}{8}$	$104\frac{1}{2}$ G.	do. III. Serie. .	5	$102\frac{1}{4}$ bz.
do. Litr. B.	$3\frac{1}{2}$	$6\frac{1}{8}$	$103\frac{1}{2}$ B.	do. Zweigbahn .	$4\frac{1}{2}$	—
Cosel-Oderberg . .	4	—	—	do. do.	5	—
Breslau-Freiburg . .	4	—	—	Oberschlesische . .	4	—
Krakau-Oberschles. .	4	—	$69\frac{1}{4}$ bz.	Cosel-Oderberg .	5	—
Bergisch-Märkische .	4	—	43 B.	Steele-Vohwinkel .	5	97 B.
Stargard-Posen . .	$3\frac{1}{2}$	—	84 bz.uG.	Breslau-Freiburg .	4	—
Brieg-Neisse . . .	4	—	—			
Quittungs-Bogen.		Einz.		**Ausl. Stamm-Actien.**		
Berlin-Anhalt Lit. B.	4	90	—	Dresden-Görlitz . .	4	—
Magdeb.-Wittenberg	4	60	—	Leipzig-Dresden . .	4	—
Aachen-Mastricht . .	4	30	—	Chemnitz-Risa . . .	4	—
Thür. Verbind.-Bahn	4	20	—	Sächsisch-Bayerische	4	—
Ausl. Quittgs. Bogen.				Kiel-Altona . .	4	—
				Amsterdam-Rotterdam	4	—
Ludw.-Bexbach 24 Fl.	—	—	—	Mecklenburger .	4	$33\frac{1}{2}$ B.
Pesther 26 Fl.	4	90	—			
Fried.-Wilh.-Nordb.	4	90	$43\frac{3}{4}$ a $44\frac{1}{8}$ bz.			

Barometer- und Thermometerstand
bei C. F. Schultz & Comp.

März.	Tag.	Morgens 6 Uhr.	Mittags 2 Uhr.	Abends 10 Uhr.
Barometer in Pariser Linien auf 0° reduzirt.	5	339,78‴	341,72‴	340,09‴
Thermometer nach Réaumur.	5	— 0,9°	+ 4,6°	+ 1,2°